

Auswirkungen des „11. September“ und des Irakkriegs auf die Neoimperialismus- und Neonationalismusdebatte in den arabischen Staaten

Hanspeter Mattes

Aus: Sigrid Faath (Hrsg.): Politische und gesellschaftliche Debatten in Nordafrika, Nah- und Mittelost. Inhalte, Träger, Perspektiven, Hamburg 2004, 508 S., hier: S. 365-382

1. Einleitung

Die Terroranschläge des 11. September 2001 wie auch die damit zusammenhängenden nachfolgenden Entwicklungen in Afghanistan und Irak sind Ereignisse, die in ihren politischen Auswirkungen ambivalent sind: Auf der einen Seite bilden sie im Kontext der Antiterrorismuspolitik der USA ein Momentum u.a. für ein tatsächlich neues außen- und sicherheitspolitisches Agieren; so veränderten sie in jedem Fall die US-Außenpolitik und brachten unter dem Gesichtspunkt der Militärdoktrin die Entscheidung zur präventiven Verteidigungspolitik. Auf der anderen Seite waren die Terroranschläge in den arabischen Staaten nur Akzeleratoren von Entwicklungen, deren Genese bereits vor den Anschlägen lag und deren Profil sich unter dem Eindruck der Anschläge nur akzentuierte. Dies betrifft interne Umstrukturierungsprozesse¹ in den arabischen Staaten sowie ihr außenpolitisches Verhalten,² trifft aber auch auf die Neoimperialismusdebatte³ und die Neonationalismusdebatte⁴ zu, die unter dem Eindruck der Ereignisse, insbesondere der US-Politik seit 2001 (zwangsläufig) an Schärfe gewonnen hat.⁵

2. Die Neoimperialismusdebatte

Die Neoimperialismusdebatte, die bereits durch die mit internationaler Beteiligung durchgeführte Befreiung des irakisch besetzten Kuwait 1991 einen Aufschwung erlebte, setzte sich in den letzten Jahren ausgiebig mit den politischen, ökonomischen und kulturellen Erscheinungsformen des neuen Imperialismus auseinander. Die Debattenführer propagier(t)en den bewaffneten antiimperialistischen Kampf nicht nur als legitimen Widerstand, sondern formulierten auch politische Ziele zur Einhegung imperialistischer Tendenzen durch Süd-Süd-Kooperation.

¹ Vgl. hierzu u.a. Fürtig, Henner: Der Irakkrieg: Katalysator für die Demokratisierung des Nahen Ostens?, Hamburg, November 2003, 39 S. (DOI-Focus. 11).

² Vgl. Faath, Sigrid Hrsg.: Neue geopolitische Konstellationen nach dem 11. September in Nordafrika, Nah- und Mittelost, Hamburg 2003, 354 S.

³ Der Begriff Neoimperialismusdebatte wird hier aus pragmatischen Gründen zur Unterscheidung der Imperialismusdebatte während der Phase des Dekolonisationsprozesses in Nordafrika, Nah- und Mittelost bzw. der frühen postkolonialen Phase (1950-1960er Jahre) gewählt.

⁴ Neonationalismusdebatte (bezogen auf den arabischen Nationalismus; auch *New Arabism*) meint hier analog die Debatte seit dem zweiten Golfkrieg 1990/1991 und bezieht sich nicht auf die Hochphase des arabischen Nationalismus besonders unter Nasser (1950-1960er Jahre) bzw. die ideologische Hochzeit der arabisch-nationalistischen Regime u.a. in Irak, Syrien, Libyen und Algerien.

⁵ Folgt man der Einschätzung des libanesischen Philosophieprofessors Mohammed Ali Moukaled, so ist dies eine logische Folge der generell vorherrschenden fundamentalistischen politischen Denkweise im arabischen Raum. Moukaled: „Meine Theorie ist, dass die gesamte politische Denkweise im arabischen Raum fundamentalistisch ist – sei sie links orientiert, nationalistisch oder islamistisch. Jede Partei beansprucht die Wahrheit für sich allein und negiert und bekämpft alle anderen.“ (www.qantara.de, 19.12.2003)

2.1. Facetten der Neoimperialismuswahrnehmung

Die Neoimperialismuswahrnehmung in den arabischen Staaten umfasst innerhalb der Differenzierung nach politischen, ökonomischen und kulturellen Imperialismen eine breite Palette an Einzelfacetten.

Politischer Imperialismus: Der Imperialismusvorwurf, wie er von arabischen Politikern und Medien erhoben wird, bezieht sich in erster Linie auf die USA und erst in zweiter Linie generalisierend auf den Westen, wobei sich die Verlagerung auf die USA nach dem 11. September verstärkte. Die USA wurden z.B. quer durch die Kommentare der überregionalen Zeitungen *al-Hayat*, *al-Sharq al-awsat* und *al-Quds al-arabi* als „machthungrig“, als Staat, der absolute Dominanz im internationalen System anstrebt, bezeichnet. Die Rede ist von den USA als *World domination, Inc.*,⁶ als neuem „Imperator“,⁷ dessen Ziel es sei, die Welt zu rekolonisieren.⁸ Speziell unter dem Eindruck des Irakkriegs war es der algerische UNO-Sondergesandte Lakhdar Brahimi, der Anfang Juli 2003 mit scharfen Worten den Unilateralismus der USA geißelte,⁹ und der in der ganzen arabischen Welt bekannte islamistische Prediger Yusuf al-Qaradawi warf in der vom qatarischen Fernsehen am 13. Juni 2003 übertragenen Freitagspredigt den USA vor, „wie Gott auf Erden zu handeln“.¹⁰ Diese Wahrnehmung der USA machte es möglich, dass Anfang 2003 in Ägypten der Popsong „Besser Saddams Hölle als Amerikas Paradies“ zum Hit werden konnte.

Der libysche Revolutionsführer Qaddafi seinerseits zog einen Vergleich zwischen Hitler und seiner Ablehnung des Völkerbundes und meinte mit Bezug auf die USA, dass „now a new Hitler emerges“, der die Charta der UNO missachte und das Völkerrecht breche.¹¹ Als Untermauerung für die Neoimperialismusperzeption wird auf eine Reihe von „Fakten“ hingewiesen:

- das Praktizieren von Doppelstandards zum einem im Verhältnis Israel-Palästina,¹² zum anderen im Verhältnis zu repressiven Regimen, die geschont werden, solange sie proamerikanisch agieren. Als die eigentliche „Achse des Bösen“ werden in arabischen Medien deshalb die USA und Israel (sowie deren Verbündeter Türkei) bezeichnet.¹³
- Das verweigerte Selbstbestimmungsrecht der Völker durch die USA; die militärische Intervention in Afghanistan und im Irak brachte eine Fülle von Zeitungskommentaren hervor, deren Tenor unisono lautet: „Retour au temps des protectorats“,¹⁴ „Colonialism reloaded“.¹⁵ Der Koalitionskrieg gegen den Irak und die den USA unterstellten Versuche,¹⁶ den bisherigen irakischen Zentralstaat in einen kurdischen, sunnitischen und schiitischen Teilstaat gemäß dem Motto *divide et impera* aufzuteilen, dienten der praktischen Untermauerung der allgemeinen Wahrnehmung¹⁷ genauso wie die beim Sturz Saddam Husains erstmals zur Anwendung gekommene präventive Sicherheitsdoktrin.¹⁸

⁶ So Sherif Hetata in: al-Ahram Weekly, Kairo, 27.11.2003.

⁷ Al-Ahram, Kairo, 10.9.2003.

⁸ Der Irak sei hierfür das signifikanteste Beispiel. Vgl. hierzu Nair, Sami: La stratégie américaine est désormais clairement avouée: il s'agit d'une colonisation cynique du pays, in: Libération, Paris, 26.6.2003.

⁹ L'Orient-le Jour, Beirut, 3.7.2003 (Lakhdar Brahimi se lance dans une véritable diatribe contre l'unilatéralisme US).

¹⁰ Vgl. Details: The U.S. is acting like God on earth, in: MEMRI, Berlin, 30.6.2003.

¹¹ Jana, Tripolis, 11.8.2003 (The leader of the revolution).

¹² Vgl. z.B. The Daily Star, Beirut, 9.8.2003 (Washington is being toothless on Israel); Zaouche, Foued: Pax Americana, in: Réalités, Tunis, 13.11.2003.

¹³ Vgl. z.B. Galal Nasser in: al-Ahram Weekly, Kairo, 7.3.2003 (The U.S., Israel and Turkey 'The true Axis of evil').

¹⁴ Serie von Beiträgen aus der Feder von Hakim Ben Hammouda, in: Réalités, Tunis, 22.5., 29.5., 5.6. und 12.6.2003.

¹⁵ Abdel-Moneim Said in: al-Ahram Weekly, Kairo, 27.7.2003.

¹⁶ Vgl. den Vorschlag von Leslie H. Gelb: Divide Iraq into three states, in: International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 26.11.2003.

¹⁷ Vgl. Ali, Tariq: Bush in Babylon. Die Re-Kolonisierung des Irak, München 2003. Der von den USA eingesetzte irakische Übergangsrat hatte deshalb auch enorme Schwierigkeiten, von den arabischen Staaten als legitim anerkannt zu werden; vgl. al-Wafd, Kairo, 18.7.2003, nach BBC (Iraqi governing Council

- die Domestizierungsversuche der arabischen Regime durch *Accountability Acts* oder andere Gesetze unterhalb der Schwelle von Sanktionen. Hierzu zählt der von Präsident Bush am 21. Oktober 2002 in Kraft gesetzte *Sudan Peace Act*¹⁹ und der am 13. Dezember 2003 in Kraft gesetzte *Syria Accountability Act*²⁰ sowie der am 19. Dezember 2003 in den Senat eingebrachte *Saudi Arabia Accountability Act*.²¹
- die Bestrebungen der USA, arabische Staaten vom Erwerb von Massenvernichtungswaffen abzuhalten, damit Israel alleinige Atommacht in der Nahostregion bleibt; iranische Medien ergänzen dies um die Variante, dass der Atomwaffensperrvertrag „is a trap by the West to bring the Islamic Revolution to its knees“.²²
- die im Rahmen der Antiterrorbekämpfung erzwungenen Eingriffe zur Kontrolle der Finanzflüsse der großen islamischen Hilfsorganisationen („Charities“), denen Kontakte zu islamistischen (Terror-)Gruppen, darunter al-Qa’ida unterstellt werden.²³
- die Anstrengungen der USA, den Sturz Saddams Husains zum Ausgangspunkt für eine forcierte Demokratisierung der arabischen Staaten zu machen. Zahlreiche Autoren lehnen eine Demokratie ab, die mittels „Kanonenbootpolitik“ durchgesetzt wird,²⁴ und zeigten sich folglich auch kritisch gegenüber jenen westlichen Institutionen, die wie das *National Democratic Institute* mittels finanzieller Unterstützung des *National Endowment for Democracy* in arabischen Staaten Demokratisierungshilfe leisten.²⁵ Nur in Ausnahmefällen wurde selbstkritisch eingestanden, dass die eigene Reformunfähigkeit externe Einmischung (Demokratisierungsimpulse) herausfordere.²⁶

Wirtschaftlicher Imperialismus: Die Wahrnehmung, dass hinter dem politisch-militärischen Engagement der USA in den arabischen Staaten einzig und allein die Absicht zur Kontrolle der Erdölressourcen steht, hat mit dem Irakkrieg sowohl in der Öffentlichkeit als auch auf politischer Füh-

is [nothing but a puppet’ of the US). Ein Fatwa der Azhar sprach sich im August 2003 gegen die Anerkennung des irakischen Regierungsrates aus (vgl. al-Hayat, London, 28.8.2003).

¹⁸ Vgl. aus der Fülle ähnlicher Beiträge exemplarisch Attia, Abderrazak: De la sécurité préventive et du nouvel ordre international, in: Réalités, Tunis, 12.6.2003.

¹⁹ Der *Sudan Peace Act* droht der sudanesischen Regierung Sanktionen an, wenn „the (Sudanese) government has not engaged in good faith negotiations“ (mit der SPLM/A); vgl. *Fact sheet* unter www.state.gov.

²⁰ Der *Syria Accountability Act*, von Präsident Bush als Instrument „to conduct an effective foreign policy“ bezeichnet, ermächtigt diesen, neben einem Waffenembargo weitere Sanktionen gegen Syrien zu verhängen (u.a. Ausfuhrstopp amerikanischer Güter nach Syrien; Einschränkungen für syrische Diplomaten in den USA), um Syrien „zur Aufgabe seiner terroristischen Politik“ zu zwingen; vgl. den Text unter www.theoator.com/bills108/s982.html; der syrische Außenminister Shar’ bezeichnete nach Vorlage des Gesetzes im amerikanischen Kongress die US-Administration als „the most violent and stupid“ (MEMRI, Berlin, 29.7.2003); al-Ahram Weekly, Kairo, 30.10.2003 sprach vom „American irresponsibility act“.

²¹ Vgl. den Text des Gesetzentwurfs unter www.theoator.com/bills108/s1888.html; das Gesetz erlaubt Sanktionen gegen Saudi-Arabien (Exportbeschränkungen nach Saudi-Arabien; Reisebeschränkungen für saudische Diplomaten), wenn diese ihre Antiterroraktivitäten (insbesondere die Finanzkontrolle der Hilfsorganisationen) nicht verstärken; vg. Dawoud, Khaled: Squeezing Saudi Arabia, in: al-Ahram Weekly, Kairo, 18.12.2003.

²² BBC, London, 21.7.2003 (Iran nuclear expert); die gängige arabische Position ist eindeutig; vgl. BBC, 15.5.2003 (Cairo Muslim clerics tell Arabs to obtain nuclear bomb).

²³ Vgl. International Herald Tribune, Frankfurt a.M., 28.8.2003 (U.S. agents to monitor Saudi funds).

²⁴ Vgl. z.B. Präsident Asad: „Imposer la démocratie est antidémocratique“ (Interview in: L’Intelligent/Jeune Afrique, Paris, 21.12.2003); Ben Hammouda, Hakim: Liberté au bout des canons en Arabie, in: Réalités, Tunis, 20.11., 27.11., 4.12., 11.12., 18.12. und 25.12.2003. Vgl. Le Temps, Tunis, 13.1.2003 (Les démocraties belliqueuses); MAP, Rabat, 24.6.2003 (Entre occupation pacifique et attaque).

²⁵ Die Probleme des ägyptischen *Ibn Khaldun Centre* oder jordanischer Nichtregierungsorganisationen wegen der Annahme von US-/EU-Geldern oder Kritik an der Arbeit der deutschen Parteistiftungen hängt mit diesem Kontext zusammen. Vgl. www.arabicnews.com, 28.11.2003 (Resignation form Ibn Khaldoun Center due to US finance controversy).

²⁶ So der algerische Präsident Bouteflika im Dezember 2003 vor dem 1. Kongress zum arabischen Denken in Beirut; vgl. L’Orient-le Jour, Beirut, 8.12.2003 (Bouteflika: Si nous ne procédons pas aux réformes, elles nous seront imposées).

rungsebene eine Bestätigung bzw. Zementierung erfahren. So heißt es exemplarisch in der Zeitschrift der *Islamischen Weltliga*: „The real cause for the war is already established beyond any doubt: oil and lucrative contracts for the American multinationals.“²⁷

Die irakische Bevölkerung, so sehr sie auch den Sturz Saddam Husains begrüßte, so deutlich waren in Umfragen im August/September 2003 43 % der Befragten überzeugt, dass „das Hauptmotiv für die Invasion das Ziel gewesen (sei), Iraks ‚Öl zu stehlen‘.“²⁸ In ähnlicher Weise wird – über das Fallbeispiel Irak hinaus – insbesondere von Seiten der arabischen Linken und Nationalisten argumentiert, dass IWF- und Weltbank-Programme nichts anderes seien als Mechanismen zur Unterwerfung der heimischen Wirtschaft unter das Diktat multinationaler Konzerne. Analog sind die *US-Middle East Partnership Initiative* von 2002²⁹ oder die von den USA bereits seit 1999 betriebene *Eizenstat-Initiative*³⁰ nichts anderes als Versuche, „a form of American-Zionist hegemony“ zu etablieren.³¹

Kultureller Imperialismus: Der Vorwurf des kulturellen Imperialismus³² ist über die Kritik am Export des *American Way of Life* – festgemacht an entsprechenden US-Fernsehserien, McDonald, Coca-Cola und Barbie-Puppe³³ – hinaus vor allem seit dem 11. September 2001 ein Vorwurf, der sich um den *Kreuzzug des Westens* gegen den Islam dreht. Ergebnis der vom Westen praktizierten Gleichsetzung von Islam und Terrorismus sei, so exemplarisch der ägyptische Kolumnist Ahmad Abbas Salih, die „Teilung der Welt in eine christlich-jüdische zivilisierte Welt und die islamische Welt als neuem Feind der westlichen Kultur“;³⁴ andere sprechen stereotyp vom „new Judeo-Christian crusade against Islam“. Zahlreiche Aussagen und Erklärungen arabischer, aber auch iranischer Kommentatoren und Politiker spielen seit 2001 mit diesem Grundmuster und greifen immer wieder Präsident Bushs 2001 gebrauchten Ausdruck vom Kreuzzug gegen den Terrorismus auf. So gibt es ausführliche Artikel zum Konzept des Kreuzzugs,³⁵ Kommentare, in denen die Präsenz US-amerikanischer Truppen in den Golfstaaten als „kreuzzüglerische Okkupation“ diffamiert wird³⁶ oder Aussagen wie zuletzt jene von Usama Ibn Ladin, der postuliert, dass die „USA einen religiös-ökonomischen Kreuzzug gegen die islamische Nation führen“.³⁷ Der sudanesischer Islamistenführer Hasan al-Turabi äußerte sich ähnlich: „Americans are anti-Islam. The word terrorism is used

²⁷ Haque, Mozammed (sic): Consequences of US invasion in Iraq, in: Muslim World League Journal, Mekka, Juli 2003, S. 33-38, hier S. 33. Vgl. ähnliche Wiedergaben von Wahrnehmungen dieser Art bei Baumgarten, Helga: Arabische Wahrnehmung: Kolonialismus, Jg. 2003, in: Orient-Journal, Hamburg, Frühjahr 2003, S. 12.

²⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 3.12.2003 (Neunzig Prozent wollen Demokratie).

²⁹ Vgl. zu Details <http://mepi.state.gov>.

³⁰ Vgl. Faath, Sigrid: Hintergründe und Ziele des Partnerschaftsprojekts USA-Maghreb, in: Nahost-Jahrbuch 1999, Opladen 2000, S. 213-218.

³¹ So der Leiter des ägyptischen Antinormalisierungskomitees mit dem zionistischen Feind (Jana, Tripolis, 6.7.2003). Vgl. auch MEMRI, Berlin, 31.12.2002 (Arab Media reactions to the US-Middle East Partnership Initiative Part I: Opponent's view); 3.1.2003 (Arab Media reactions to the US-Middle East Partnership initiative Part III: It's a Zionist/American plot). Mit ähnlichen Argumenten gibt es Kritik an den geplanten Freihandelsabkommen mit den USA („Tod für die heimische Wirtschaft“)

³² Stereotyp wird hierfür oft der Begriff „al-ghazu al-thaqafi“ (kultureller Raubzug) des Westens gebraucht. Vgl. Themenband der Zeitschrift *al-Wahda* (Hrsg. Nationaler Rat für arabische Kultur), Paris, Nr. 3, 1984, 160 S. (al-ghazu al-thaqafi).

³³ Barber, Benjamin R.: *Djihad versus McWorld. Mondialisation et intégrisme contre démocratie*, Paris 1995 (englische Ausgabe New York 1996).

³⁴ Al-Sharq al-awsat, London, 12.9.2003 (Man mas'ul lil-11 sibtimbir?).

³⁵ Vgl. Muslim World League Journal, Mekka, August 2003, S. 40-44 (The shadow of the crusades).

³⁶ Vgl. z.B. das Fatwa der kuwaitischen Salafiya-Bewegung von 2002, das die Teilnahme an einem Aggressionskrieg gegen den Irak als Sünde einstuft (Details Länderbericht Kuwait in: Nahost-Jahrbuch 2002, Opladen 2003).

³⁷ BBC, London, 4.1.2004 (Bin-Ladin tape).

simply as a cover-up for the war on Islam“,³⁸ und diverse saudische Zeitungen warfen dem Westen vor, „to trample over the religious sensibilities of others“. Solche Argumentationen blieben allerdings selbst in Nordafrika, Nah- und Mittelost nicht unwidersprochen, auch wenn diese Erwidern/Gegenpositionen keine allzu große Resonanz fanden.³⁹

2.2. Die Legitimität des antiimperialistischen Kampfes

Angesichts der vom marokkanischen Wirtschaftsprofessor und Philosophen Mahdi Elmandjra vor allem nach dem 11. September 2001 konstatierten „Demütigung (der Araber) im Zeitalter des Megaimperialismus“⁴⁰ haben sich in Nordafrika, Nah- und Mittelost auch jene verstärkt manifestiert, die sich dem antiimperialistischen Kampf verschrieben haben. Dieser Kampf wird als legitimer Widerstand gegen das politische, wirtschaftliche und kulturelle Dominanzstreben der USA (des Westens) und die Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker der Dritten Welt gewertet und die Konnotation dieses Kampfes mit Terrorismus strikt zurückgewiesen.⁴¹

Die inhaltlich am besten ausgearbeitete (religiöse) Begründung für den globalen Kampf, zur religiösen Pflicht stilisiert, stammt von islamistischer Seite und wurde am 23. Februar 1998 von der *World Islamic Front* veröffentlicht, zu der u.a. Usama Ibn Ladin, Aiman al-Zawahiri und Abu Yasir Ahmad Taha (Führer des ägyptischen *Jihad* bzw. der ägyptischen *Jama'a al-islamiya*) zählen; ihr Aufruf zum „Jihad against Jews and crusaders“⁴² wird nach der militärischen Besetzung Afghanistans und des Irak noch schärfer und konkreter; in verschiedenen Verlautbarungen Usama Ibn Ladins heißt es, dass mit „Okkupanten kein Dialog außer mit Waffen geführt werden kann“. Einzelne Fatwas von Rechtsgelehrten der Azhar, wenngleich später vom Scheich der Azhar annulliert, riefen ihrerseits zum Jihad gegen die USA⁴³ auf und zeugen vom weitverbreiteten, tiefsitzenden Antiamerikanismus.⁴⁴ In diesem Kontext werden aber auch u.a. vom ägyptischen Exminister Amin Huweidi die USA, die „von einer Junta aus Kriegsverbrechern“ regiert würden, mit Nazi-Deutschland verglichen (und damit implizit ihre Bekämpfung legitimiert),⁴⁵ und Suizidoperationen gegen Okkupationskräfte (ob in Israel oder im Irak) gerechtfertigt.⁴⁶

2.3. Akteure und Koalitionäre des Kampfes

Selbst wenn vereinzelt säkulare Gruppen sozialistischer/nationalistischer Verortung⁴⁷ oder aus dem Umkreis der Globalisierungsgegner *Attac*⁴⁸ sich im antiimperialistischen Kampf engagieren,

³⁸ Pana, 19.10.2003 (Freed Sudanese islamist); vgl. identisch BBC, London, 11.6.2003 (Iran: Minister says US exploits terrorism as pretext to repress Muslims); al-Hayat, London, 22.11.2003 (Nijiriyah: harb ala islam bi-ism al-harb ala al-irhab).

³⁹ Vgl. al-Karmi, Ghada: Die Araber und die Theorie von der jüdisch-christlichen Verschwörung, in: al-Hayat, London, 4.11.2003 (zitiert nach MEMRI, Berlin, 28.11.2003).

⁴⁰ Vgl. Elmandjra, Mahdi: Humiliation à l'ère du méga-impérialisme, Casablanca 2003, 220 S.; Elmandjra (www.elmandjra.org) sieht wie bereits in seinem Werk *Première guerre civilisationnelle* (1991) unausweichlich eine Nord-Süd-Konfrontation heraufziehen. Elmandjra: „L'humiliation est devenue une forme de gouvernance et un mode de gestion des sociétés sur le plan national comme sur le plan international. (...) Les grands puissances, avec les Etats-Unis d'Amérique en tête, humilient les pays du Tiers-Monde et leur dirigeants (...)“. Vgl. Auch Munson, Henry: Islam, nationalism and resentment of foreign domination, in: Middle East Policy, Washington D.C., Nr. 2, Sommer 2003, S. 40-53.

⁴¹ Hierzu existiert ein umfangreiches Schrifttum; die arabischen/islamischen Staaten fordern deshalb beharrlich eine UNO-Konferenz zur Definition von Terrorismus und legitimem Widerstand. Der Kampf des palästinensischen Volkes ist auf arabischer Seite eindeutig legitimer Widerstand, kein Terrorismus. Vgl. auch Muslim World League Journal, Mekka, Juli 2002, S. 9-11 (Terrorism. Islam's viewpoint), darin der Abschnitt: Jihad is not terrorism.

⁴² Vgl. Text www.fas.org/irp/world/para/docs/980223-fatwa.htm; ähnlich das jüngste Tonband von Usama Ibn Ladin; vgl. Die Welt, Hamburg, 4.1.2004 (Bin Laden hetzt zum Heiligen Krieg).

⁴³ Vgl. MEMRI, Berlin, 16.3.2003 (Jihad against the U.S.: Al-Azhar's conflicting fatwas).

⁴⁴ Vgl. hierzu die ausführlichen Länderanalysen in: Faath, Sigrid Hrsg.: Antiamerikanismus in Nordafrika, Nah- und Mittelost. Formen, Dimensionen und Folgen für Europa und Deutschland, Hamburg 2003, 372 S.

⁴⁵ Al-Ahali, Kairo, 3.2.2003; al-Ahram Weekly, Kairo, 21.5.2003.

⁴⁶ Vgl. u.a. MEMRI, Berlin, 24.7.2003 (al-Qaradhawi speaks in favor of suicide operations).

⁴⁷ Z.B. die algerische Arbeiterpartei oder die *Geeinte Sozialistische Linke* (Marokko).

so sind es bezüglich des arabischen/nahöstlichen Raumes überwiegend die islamistischen Gruppen, die sich mit Rhetorik und/oder militanten Einzelaktionen hervortun. Antiimperialismus wird dabei weitgehend mit Antiamerikanismus deckungsgleich; dieser manifestiert sich auf

politischer Ebene u.a. in Form

- von massiver antiamerikanischer Rhetorik („The US, enemy of the Arabs“),⁴⁹
- von Anschlägen auf US-Bürger oder
- von Anschlägen auf US-Einrichtungen (Militärbasen; Wohnblocks; Kulturzentren);

wirtschaftlicher Ebene u.a. in Form

- von Anschlägen auf US-Firmen oder Franchisenehmer (z.B. McDonalds, Pizza Hut);
- von Boykottaktionen amerikanischer Waren oder
- der Androhung eines Ölboykotts wie zuletzt durch den muslimischen malaysischen Premierminister Mahathir im Februar 2003;

kultureller Ebene u.a. in Form

- von Boykottaktionen amerikanischer kultureller Produkte;
- einer Präferenz von Studien in europäischen Staaten (besonders seit den 2001 verschärferten US-Einreisebestimmungen gegen Bürger arabischer Staaten);
- von Agitation gegen Aufenthalte im „islamfeindlichen dekadenten Westen“.⁵⁰

Das Kredo des Azhar-Gelehrten vom Oktober 2001: „We declare war on America“⁵¹ hat nicht nur Wiederhall in anderen allgemeinen „Kriegserklärungen“ gefunden,⁵² sondern die unterschiedlichsten Gruppen/Organisationen auf den Plan gerufen. Beispiele sind u.a.

- die *Organisation Islamische Konferenz* (OIK), die sich auf der OIK-Gipfelkonferenz in Kuala Lumpur im Oktober 2003 dazu verstieg, den Hinauswurf (expulsion) der fremden Truppen aus dem Irak zu fordern;
- die ägyptische *Muslimbruderschaft*, deren neuer Führer Muhammad Mahdi Akif am 22. Januar 2003 in seiner ersten Botschaft die Brüder/Anhänger dazu aufrief, den USA deutlich entgegenzutreten; seine Begründung: „The American plans for the entire region are becoming clear. They have established permanent military bases in the region, occupied Afghanistan and Iraq and are now controlling the largest oil reserves in the world. Now they are robbing the wealth of the nation and threatening to attack Syria and Iran – following Libya’s surrender – and any other country that does not give in to its demands.“⁵³
- jemenitische *Qa’ida-Mitglieder*, die den USA einen „major blow in the United States“ ankündigten, u.a. als Vergeltung für die Liquidierung ihres Führers Abu Ali al-Harithi durch eine US-Luft-Operation am 4. November 2002.⁵⁴

Auch wenn vieles von solchen Ankündigungen auf der rhetorischen Ebene bleibt, so zeigen diese Reaktionen die tiefe, psychologische Krise der arabischen Gesellschaften gegenüber dem Westen/den USA,⁵⁵ die nur (langfristig) überwunden werden kann, wenn es gelingt, das Gefühl der Demütigung durch ein Gefühl der Gleichberechtigung abzulösen.

⁴⁸ Z.B. die tunesische Sektion von Attac (RAID/Rassemblement pour une alternative internationale de développement), gegründet am 9. Dezember 1999 (vgl. www.tunisie.attac.org); vgl. übergreifend AFP, 16.1.2004 (Le 4e forum social mondial lance la „guerre contre l’impérialisme“).

⁴⁹ Al-Akhbar, Kairo, 2.2.2001, also bereits vor dem 11. September 2001.

⁵⁰ Vgl. dazu Details in: Faath 2003, Antiamerikanismus, a.a.O. (Anm. 44).

⁵¹ So ursprünglich unter www.lailatalqadr.com, der inzwischen piratierten, inoffiziellen Azhar-Website zu lesen; vgl. MEMRI, Berlin, 2.11.2001 (Egypt’s al-Azhar clerics: We declare war on America).

⁵² Vgl. die iranische Zeitung *Kayhan*, zitiert nach Irna, Teheran, 7.5.2002 (All Muslims must come together to overcome the U.S.); Middle East Times, Kairo, Nr. 37, September 2002 (US war on Islam will awaken “sleeping giant”).

⁵³ Al-Hayat, London, 23.1.2004 (al-murshid al-jadid), zitiert nach BBC, London, 23.1.2004.

⁵⁴ BBC, London, 24.1.2004 (Yemeni al-Qa’idah).

⁵⁵ Vgl. zum historischen Kontext Lewis, Bernard: Die Wut der arabischen Welt. Warum der Jahrhunderte lange Konflikt zwischen dem Islam und dem Westen weiter eskaliert, Frankfurt a.M. 2003, 192 S. (englisch: The crisis of Islam).

2.5. Die Strategie der politischen Einhegung des Neoimperialismus

Die arabischen Regierungen versuchen die „imperialistische Weltordnung“, de facto die asymmetrische, untergeordnete Stellung ihrer Staaten im globalen Machtgefüge durch Gegenmaßnahmen zu überwinden. Auf politischer Ebene zählt hierzu die Strategie einer Stärkung der Rolle der UNO⁵⁶ und des Aufbaus neuer politischer Allianzen *erstens* innerhalb der Dritte-Welt-Staaten selbst (Ägypten-Iran, Brasilien, Malaysia; Iran-Indonesien; Libyen-Brasilien, Indonesien usw.)⁵⁷ und *zweitens* mit den beiden Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrates Russland und der VR China.⁵⁸ Die Strategie des Ausbaus der Süd-Süd-Kooperation bezieht Anstrengungen zur Stärkung der Regionalorganisationen OIK,⁵⁹ Arabische Liga⁶⁰ und Afrikanische Union theoretisch mit ein, auch wenn die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsstaaten bislang wenig konkrete Erfolge sichtbar haben werden lassen. Die Eigenperzeption ist hier allerdings optimistischer, schreibt doch Hakim Ben Hammouda: „Le sud, de retour!“⁶¹ Offensichtlich ist, dass sich in der Zeit nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und den Entwicklungen seit September 2001 unter arabischen Staatschefs die Einsicht verbreitet, dass sich die Welt verändert hat und im Kampf gegen Imperialismus und US-Hegemoniestreben nicht so sehr der Nationalstaat, sondern gemäß dem Diktum „Einheit gleich Stärke“ nur regionale Staatengruppen Dominanzbestrebungen Paroli bieten können.⁶²

3. Die Neonationalismusdebatte

3.1. Zustand des arabischen Nationalismus

Seit seiner Wahl zum Generalsekretär der Arabischen Liga 2001 hat sich der ehemalige ägyptische Außenminister Amr Musa zum Fürsprecher der arabischen Einheit gemacht;⁶³ nur die arabische Einheit führe dazu, dass sich ein „neuer Naher Osten“ herausbilde. Dieser (eher selten anzutreffenden) optimistischen Sicht stehen all diejenigen gegenüber, die im arabischen Nationalismus – unabhängig seiner Variante (Nasserismus; Qaddafismus; Baathismus syrischer/irakischer Richtung; Nationalismus algerischer, sudanesischer, jemenitischer Prägung) – ein spätestens seit Ende der 1970er Jahre gescheitertes Projekt sehen. Die Diskussion darüber, was zum Scheitern der mit dem arabischen Nationalismus verbundenen Hoffnungen geführt hat, wird unter Nationalisten die letzten Jahre intensiv diskutiert, ohne dass ein monokausaler Zusammenhang hergestellt werden kann. Vielmehr trugen die Niederlage im Sechstagekrieg 1967, der frühe Tod Nassers, die „schmählichen“ Camp-David-Abkommen von 1977, vor allem aber die innerarabischen demokratischen Defizite und die fehlende Freiheit als Hauptfaktoren zum Scheitern bei.⁶⁴ Gerade die

⁵⁶ Vgl. z.B. angesichts des Irakkriegs Qaddafis Kritik an „Aktionen außerhalb der UNO“ (BBC, London, 12.8.2003); die arabischen Staaten haben deshalb auch den Anschlag auf den Sitz der UNO in Bagdad und den Abzug der UNO-Mitarbeiter im August 2003 einhellig verurteilt; vgl. *Le Monde*, Paris, 21.8.2003 (*Les Arabes appellent les Nations unies à ne pas baisser les bras*). Parallel dazu laufen Bemühungen zur „Stärkung des internationalen Rechts“ (*The Jordan Times*, Amman, 21.7.2003).

⁵⁷ Vgl. z.B. anlässlich des Besuchs des brasilianischen Präsidenten Lula da Silva die Analyse in: *al-Ahram Weekly*, Kairo, 18.12.2003 (*Latin leanings. Closer Arab-Latin American ties will benefit all involved*).

⁵⁸ Vgl. Mattes, Hanspeter: Die Beziehungen der MENA-Staaten zu Rußland, in: Faath 2003, *Neue geopolitische Konstellationen*, a.a.O. (Anm. 2), S. 221-244 und derselbe: Die Kooperationsinteressen der Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens gegenüber der VR China, in: ebenda, S. 245-260.

⁵⁹ Vgl. das eindringlich vorgebrachte Plädoyer des malaysischen Premierministers Mahathir anlässlich seines Besuchs in Kairo im Januar 2003, in: *al-Ahram Weekly*, Kairo, 30.1.2003 (*A plea for Muslim unity*); vgl. auch *L'Orient-le Jour*, Beirut, 22.1.2003 (Mahathir).

⁶⁰ Aus der nationalistischen Ecke heißt dies: Wiederbelebung der arabischen Einheit (s.u.).

⁶¹ *Réalités*, Tunis, 16.10.2003.

⁶² Vgl. z.B. entsprechende Ausführungen Qaddafis anlässlich seines Staatsbesuchs in Tunesien im Mai 2003; vgl. z.B. auch *The Jordan Times*, Amman, 29.7.2003 (*Syrian PM urges joint regional stand against US*).

⁶³ Vgl. Interview mit Amr Musa, in: *Arabies*, Paris, März 2003, S. 76-77 (*Un Moyen-Orient nouveau doit émerger*).

⁶⁴ Vgl. Dawisha, Aheed: *Requiem for Arab nationalism*, in: *Middle East Quarterly*, Philadelphia, Winter 2003 (www.meforum.org/article/518), 12 S.; vgl. auch die Analyse von Abdel-Hamid el-Ahdab, warum der hoffnungsvolle Nationalismus (unter der Herrschaft der repressiven Militär- und Sicherheitsapparate) Stillstand und Dekadenz bewirkte, in: *L'Orient-le Jour*, Beirut, 8.12.2003 (*De la renaissance arabe à la*

demokratischen Defizite und die fehlende Freiheit werden mit dem Selbstverständnis des arabischen Nationalismus in Verbindung gebracht, der die Antithese zu einem externen Feind (dem Kolonialismus) darstellt, der im Kampf gegen Feinde seine Hauptzielsetzung sah, nicht jedoch in der inneren Entwicklung. Die kulturelle und identitäre Grundlage des arabischen Nationalismus, nämlich Arabertum (uruba) und Islam, waren nicht kohäsiiv genug, den Einheitsgedanken (innerhalb eines Staates als auch zwischen arabischen Staaten) gegenüber zentrifugalen politischen und religiösen Ansprüchen von gesellschaftlichen Teilgruppen zu verteidigen. Die sich zunehmend polarisierenden arabischen Gesellschaften, enttäuscht von der sozioökonomischen Leistungsbilanz des arabischen Nationalstaats, waren folglich seit den 1970er Jahren ihrer Befreiungsideologie untreu geworden und folgten immer mehr den Heilsversprechen des aufstrebenden Islamismus. Bereits 1982 stellte Malcolm Kerr fest, dass der arabische Nationalismus „obsolet“ geworden war, nicht weil er keine Anhänger mehr gehabt hätte (insbesondere in intellektuellen Zirkeln waren sie noch stark vertreten), sondern weil es zu wenige waren, d.h. die Massenbasis weggebrochen war und die bisherige Elite über keine integrative Kraft mehr verfügte.⁶⁵

Mit dem internen Scheitern des arabischen Nationalismus lief das Scheitern des Panarabismus einher. Statt einem arabischen „Einheitsstaat vom Atlantik bis zum Golf“ kam trotz der verschiedenen Ansätze nie mehr als eine in der Arabischen Liga zusammengeschlossene „Nation of states“ zustande, was vor allem den libyschen Revolutionsführer zu harscher Kritik und zum Postulat vom „Tod des arabischen Nationalismus“ veranlasste: „The times of Arab nationalism and unity are gone forever. These ideas which mobilised the masses are only a worthless currency.“⁶⁶ Andererseits gibt es auch Gruppen, die die Auffassung vertreten, daß insbesondere die Entwicklungen seit dem 11. September 2001 dem arabischen Nationalismus einen neuen Impuls verliehen hätten. Analog der Entstehung des arabischen Nationalismus als Reaktion auf den Kolonialismus⁶⁷ wird der Rekolonisation des Irak durch die USA eine ähnlich mobilisatorische Wirkung zugesprochen. Statt das Ende des Arabismus zu beklagen, rufen sie, darunter der algerische Präsident Bouteflika,⁶⁸ zu einem optimistischen Vorwärtsblick auf die arabische Welt auf, sprechen von „nationalistischer Verantwortung“ (mas’uliya qawmiya).

In der sich 2002/2003 entfaltenden Nationalismusdebatte wird schließlich von etlichen Nationalisten das Scheitern des arabischen Nationalismus schlichtweg geleugnet. Die Argumentation folgt einem ähnlichen Muster, das sich beispielhaft in der ägyptischen Zeitung *al-Wafd* folgendermaßen liest:

„Ein Beweis für die ungebrochene Authentizität des arabischen Nationalismus ist, dass er bis heute nicht aus dem Bewusstsein der arabischen Völker vertrieben werden konnte – selbst wenn er für die Regierungen schon seit langem verschwunden ist. Die Völker verbinden sich und die Politiker trennen sie... Die Bevölkerungen beklagen sich über die Zersplitterung und die Politiker betrachten sie als Erfolg! Die Völker widersetzen sich der Auflösung, die Regierungen zwingen sie ihnen auf. In Wirklichkeit scheiterte also nicht der arabische Nationalismus; gescheitert ist vielmehr [das Bestreben] der Regierungen, den Völkern ihren Willen aufzudrängen. Es sind die Regierungen, die den arabischen Nationalismus aufgeben wollen. Stattdessen wollen sie, dass eine Pseudo-Perspektive kreiert wird – eine Art „Mittlerer Östlichkeit“; oder ein Konzept, unter dem alle Mittelmeerstaaten gefasst werden sollen. [...] Der Ägypter fühlt sich aber nicht als Anwohner des Mittelmeeres, er sieht sich nicht als „anderes Gesicht“ der europäischen Mittelmeeranrainer. Vielmehr weiß er, dass

décadence, y a-t-il un remède ?). In Tunesien wurde debattiert, inwiefern der Zusammenbruch des Ostblocks zur Marginalisierung progressiven (nationalistischen) Denkens beitrug. Vgl. *Le Temps*, Tunis, 17.12.2002 (Débat : Etre progressiste, aujourd’hui ...).

⁶⁵ Vgl. Kerr, Malcolm: Arab nationalism: is it obsolete?, in: *Middle East Insight*, Washington D.C., Mai 1982 (www.aub.edu.lb/themes/1999/Kerr/arab_nationalism.html).

⁶⁶ Unter www.aljazeera.net, 5.10.2003 (Qadhafi: Arab nationalism is dead); *al-Sharq al-awsat*, London, Nr. 683, 4.12.2003 berichtet von den Plänen einer ägyptischen Partei, Ägypten aus Enttäuschung über den fehlgeschlagenen arabischen Nationalismus politisch „enttarabisieren“ zu wollen.

⁶⁷ Hierzu gibt es ein umfangreiches Schrifttum; es ist allerdings der Kontext des Irakkriegs, dass hierüber in den arabischen Medien verstärkt publiziert wird; vgl. u.a. die Serie „Colonisation et naissance du nationalisme arabe“, in: *Réalités*, Tunis, ab 18.9.2003.

⁶⁸ Bouteflika: Regard prospectif sur le Monde Arabe, in: *El Moudjahid*, Algier, 10.12.2003.

sein Verhältnis zu ihnen sich auf das eines Polizisten zum Räuber beschränkt. Der Ägypter fühlt sich nicht als Bürger eines Mittleren Ostens und er kann gegenüber einem kolonialistischen israelischen Bürger [...] keine Brüderlichkeit empfinden. Ja, der arabische Nationalismus ist ein reales Gefühl, das die Seelen erfüllt und das Blut in den Adern der Menschen in Wallung bringt. Ihr Eifer mag hier und da nachgelassen haben, doch er glüht überall weiter... Und diejenigen, die uns davon überzeugen wollen, dass der arabische Nationalismus am Ende ist, irren sich. Der arabische Nationalismus kann nicht zugrunde gehen, denn er verbindet Blut, Geschichte, Sprache, Tradition und Religion.“⁶⁹

Neben jenen, die das Scheitern des Arabismus konstatieren/beklagen, und jenen, die seine Existenz bejahen und verteidigen,⁷⁰ stehen schließlich jene, die die Existenz des arabischen Nationalismus zwar anerkennen, ihn aber heftig als Irrweg kritisieren. Ihr Problem ist allerdings, dass sie sich mit ihrer Kritik und ihren politischen Reformvorschlägen in den Orbit der US-Forderungen nach Demokratisierung der Nahostregion begeben, sich dem Vorwurf „of promoting American plans for the region under the pretext of democratic and human rights reform“⁷¹ aussetzen, und damit die Polarisierung innerhalb der arabischen Gesellschaften vertiefen. Die Kluft zwischen der Gruppe der sogenannten „neoliberalen Araber“ (die Realisten, Demokraten und Liberale umfasst)⁷² und ihrem „feindlichen Lager“, also Nasseristen, Nationalisten, Radikale und ihre islamistischen Parteigänger,⁷³ wurde durch den Irakkrieg vertieft, was den Fortbestand der Polarisierung erst recht zementiert.

3.2. Nationalistische Akteure und Koalitionäre

Die Hauptakteure des arabischen Nationalismus, die über Sat-TV und Internet eine transnationale Plattform zur Propagierung des „neuen Arabismus“ gefunden haben, sind in nahezu allen arabischen Staaten mit eigenen Organisationsstrukturen vertreten, darunter in erster Linie Parteiorganisationen (von der *Istiqlal-Partei* oder der *Geeinten Sozialistischen Linken* in Marokko über die tunesische *Union Démocratique Unioniste*, die ägyptische *Nasseristische Partei* bis hin zur *Sozialistischen Partei* Jemens und der syrischen *Baath-Partei*), Gewerkschaften, aber auch bestehende *Antinormalisierungskomitees* mit Israel und die jeweils nationalen *Solidaritätsorganisationen* mit Palästina. Als überregionale Organisation ist abgesehen von der im September 1979 gegründeten *Arabischen Volkskonferenz* (Mu'tamar al-sha'b al-arabi)⁷⁴ nur die *Nationalistische Arabische Konferenz* (NAK; al-Mu'tamar al-qawmi al-arabi) zu nennen. Die NAK, hauptsächlich vom *Centre for Arab Unity Studies* (CAUS) in Beirut gesponsort, wurde 1990 zur Zeit der Golfkrise ins Leben gerufen,⁷⁵ um gemeinsame nationalistische Positionen zu formulieren. Die jährlichen Treffen, meis-

⁶⁹ Zitiert nach MEMRI, Berlin, 26.8.2003 (Verteidigung des arabischen Nationalismus); ähnlich die ägyptische Frauenrechtlerin Nawal al-Sa'adawi auf die Frage nach dem Scheitern der arabischen Einheit: „Die arabische Einheit ist nicht gescheitert, da es sie nie wirklich gab – nicht einmal unter Abd al-Nasser.“ (MEMRI, 21.1.2003).

⁷⁰ Vgl. z.B. den Generalsekretär der tunesischen legalen Oppositionspartei UDU, Abderrahmane Tlili: „Il est aujourd'hui nécessaire de repenser le Nationalisme arabe“, in: *Réalités*, Tunis, 26.9.2002, S. 20-21. Der Marokkaner Hicham Benjamaa verteidigt den Arabismus als Geistesströmung, die mit der Moderne nicht konfliktiere und notwendig sei (vgl. *L'Intelligent/Jeune Afrique*, Paris, 18.1.2004); Mustafa al-Faqi bezeichnet den Arabismus als „Reformdenken“ (fikir al-islah), vgl. *al-Hayat*, London, 27.1.2004.

⁷¹ *Al-Ahram Weekly*, Kairo, 29.5.2003.

⁷² Der führende arabische Neoliberale, der Journalist Hazim Saghiya, kritisierte die Nationalisten (und die Islamisten) in einem Beitrag in *al-Hayat* heftig (vgl. *al-Hayat*, London, 2.5.2003: *Fi ba'd qadaya al-siyasa wal-wataniya*).

⁷³ Von Omayma Abdel-Latif abschätzig als „Arab fascists, stalinists and their Islamist substitutes“ titulierte (vgl. *al-Ahram Weekly*, Kairo, 29.5.2003: *A tale of two visions*).

⁷⁴ Das permanente Sekretariat befindet sich seit der Gründung in Tripolis, Libyen; die „politische Erklärung“, die *Charta der progressiven nationalistischen Volksfront*, das interne Statut wurden im Januar 1981 beschlossen. Die *Arabischen Volkskonferenz* spielt international derzeit nur noch eine marginale Rolle.

⁷⁵ Parallel läuft eine *Nationalistische Jugendbewegung*, die sich jährlich zu einem Camp (mukhayyam al-shabab al-qawmi al-arabi) trifft; das 14. Jugendlager mit 128 Teilnehmern aus 12 arabischen Staaten fand vom 1.-15. August 2003 im ägyptischen Isma'iliya statt (vgl. Bericht in: *al-Mustaqbal al-arabi*, Beirut, Nr. 9, 2003, S. 189-195).

tens in Beirut, seltener in anderen arabischen Hauptstädten abgehalten,⁷⁶ versammeln in der Regel 100 bis 150 Intellektuelle, Persönlichkeiten/Vertreter nationaler Organisationen, die vom Generalsekretariat⁷⁷ vorbereitete Themen diskutieren. Neben Entwicklungen in einzelnen arabischen Staaten waren dies in der Vergangenheit Themen wie u.a. der „arabisch-zionistischen Kampf“, Aspekte der arabischen nationalen Sicherheit, nach dem 11. September vor allem Themen um den Komplex Terrorismus, die Unterstützung der palästinensischen Intifada, die Anwendung der Ölwanne, Sanktionen und Irak, Massenvernichtungswaffen, aber zunehmend auch die Forderung nach politischen Reformen in den arabischen Staaten, nach mehr Meinungsfreiheit und der Amnestie politischer Gefangener, der Korrelation von Demokratie und Entwicklung.⁷⁸

Zum Hauptkoalitionär der nationalistischen Bewegung wurde dabei in den letzten Jahren wegen gleicher Interessen und gemeinsamem Feindbild die islamistische Bewegung.⁷⁹ Diese Koalition erklärt (und kritisiert) der jemenitische Journalist Munir al-Marawi mit der Schwäche der nationalistischen Bewegung und dem herausragenden gemeinsamen Feind beider Bewegungen, den USA:

„Seit dem Niedergang der UdSSR irren die arabischen Linken herum auf der Suche nach einem neuen Weg. Nur wenige von ihnen mögen sich derzeit auf die Seite der linken Genossen im Westen schlagen und so springt die Mehrheit zurück auf den Zug des schrecklichen religiösen Extremismus – [...] ein Weg, der vielleicht in den Tod führt. [...] Die arabischen Nationalisten und Sozialisten halten wie in den 50ern und 60ern an der Feindseligkeit gegenüber dem Westen und ihren Beschimpfungen gegen die USA fest und vergessen [...] die gemeinsame Grundlage, die sie an die [westliche] Kultur, die Zivilgesellschaft, die Moderne und den Fortschritt bindet. Diese Leute haben [...] auf der Grundlage eines gemeinsamen Feindes, den USA, einen Vertrag mit Reaktionären, mit Rückwärtsgewandtheit, Extremismus und den Anhängern der Selbstmordideologie geschlossen [...].“⁸⁰

Die Kooperation zwischen (säkularen) Nationalisten und Islamisten erfolgt dabei ansatzweise durch die Integration nationalistisch gesinnter Islamisten in die *Nationalistische Arabische Volkskonferenz* (z.B. Wahl des Hizbullah-Vertreters Nawaf al-Musawi in das Generalsekretariat der NAK im Juni 2003), hauptsächlich jedoch auf institutioneller Ebene durch die Kooperation mit der *Nationalistischen Islamischen Konferenz*. Die *Nationalistische Islamische Konferenz* (NIK; al-Mu'tamar al-qawmi al-islami), 1996 gegründet und von einem Koordinationssekretariat geleitet (Koordinator zur Zeit der Jemenite Dr. Muhammad Abd al-Malik al-Mutawakkil), versammelt analog zur NAK alle ein bis zwei Jahre auf entsprechenden Tagungen Islamisten nationalistischer Orientierung, um aktuelle Entwicklungen im arabischen Raum (insbesondere in Palästina und im

⁷⁶ Die 12. Tagung fand vom 1.-4. April 2002 in Manama (Bahrain) statt, die 13. Tagung vom 23.-26. Juni 2003 in Sana; die Sondersitzung vom 10.-11. Oktober 2002 tagte in Beirut. Über die Tagungen berichtet jeweils die vom CAUS herausgegebene Zeitschrift *al-Mustaqbal al-arabi* in ausführlichen Berichten inklusive Teilnehmerlisten, deren Studium einen Eindruck davon gibt, wer aus welchen Ländern sich für die nationalistische Sache engagiert.

⁷⁷ Das Generalsekretariat umfasst 25 Personen; es wurde im Juni 2003 in Sana neu gewählt. Der Libanese Ma'an Bushur löste den Ägypter Prof. Dia' al-Din Dawud als Generalsekretär ab. Vgl. zum Sekretariat, in dem erstmals auch ein Saudi vertreten ist, al-Ahram, Kairo, 30.6.2003 (Ikhtiyar 25 udwun); erster Generalsekretär war Dr. Khair al-Din Hasib, Generalsekretär des CAUS.

⁷⁸ Vgl. zur 14. Tagung den ausführlichen Bericht in: al-Mustaqbal al-arabi, Beirut, Nr. 8, 2003, S. 167-189.

⁷⁹ Die pragmatische Sicht überlagert damit die grundsätzlichen Vorbehalte islamistischer Gruppen gegenüber dem arabischen Nationalismus. Vgl. z.B. Yahya, Muhammad: Al-Tawhid. A criticism of the idea of Arab nationalism (Vortrag August 1985, 19 S., www.al-islam.org/al-tawhid/arabnationalism.htm); zur schiitischen Kritik vgl. Naqvi, Ali M.: Islam and nationalism (www.al-islam.org/islamandnationalism/title.htm).

⁸⁰ Al-Sharq al-awsat, London, 5.10.2003, zitiert nach MEMRI, Berlin, 14.11.2003; der französische Politologe François Burgat führt die Disposition zur Kooperation auf tieferliegende Ursachen zurück: „J'ai toujours considéré que les islamistes n'étaient que les descendants des nationalistes arabes. Leur génération utilise les mêmes ressources politiques que leurs pères, si ce n'est que, par le recours au vocabulaire de la religion musulmane, elle y ajoute une affirmation moralisatrice, certes, mais surtout identitaire.“ (Burgat, François: La grande opposition, in: Arabies, Paris, Januar 2004, S. 60)

Irak) zu diskutieren und Handlungsoptionen zu entwickeln.⁸¹ Von Bedeutung sind dabei die gemeinsamen Veranstaltungen von NAK und NIK, um gemeinsame Positionen zu aktuellen Problemen und Herausforderungen zu formulieren. Auf der ersten außerordentlichen Versammlung der Führungsorgane beider Konferenzen (Beirut, Oktober 2001) stand angesichts des 11. September 2001 der Terrorismus („Ja zum Widerstand, Nein zu Terrorismus“)⁸² sowie die Unterstützung der palästinensischen Intifada im Mittelpunkt. Im Sommer 2003 wurde schließlich eine gemeinsame Positionserklärung verabschiedet, in der die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen, bei denen Übereinstimmung zwischen beiden Denkrichtungen herrscht, erstmals veröffentlicht wurden.⁸³

3.3. Identische Standpunkte zur „Demokratisierung von außen“

Arabische Nationalisten und nationalistische Islamisten sind unter dem Druck der Entwicklungen seit dem 11. September 2001 bei vielen Themen Bündnispartner geworden. Dies trifft offensichtlich auf die antiamerikanische Position beider Strömungen zu, manifestiert sich aber auch in anderen Teilbereichen (z.B. Haltung zur US-Invasion im Irak; Haltung zur palästinensischen Intifada;⁸⁴ Notwendigkeit medialer Offensive im Westen). Exemplarisch sei auf die Demokratisierungsdiskussion eingegangen.

Die Demokratisierung von Staaten des Nahen Ostens, ausgehend vom Irak, wird wegen des koerziven Charakters nahezu unisono abgelehnt.⁸⁵ Insofern die Nationalisten wie die Islamisten Teil der Antiimperialismusbewegung sind und der ihr zugrundeliegenden Befreiungsideologie huldigen, wird der von außen aufgezwungenen Demokratisierung zwangsläufig Widerstand entgegengesetzt: „Democracy by B-52“⁸⁶ könne keine Lösung für die Probleme der (autoritären) politischen Systeme in den arabischen Staaten sein. Zwar äußern sich auch arabische Staatschefs ablehnend – der ägyptische Präsident Mubarak hat trotz der hohen finanziellen Abhängigkeit von den USA hier exemplarisch deutliche Worte gefunden⁸⁷ – doch sind es die nahezu täglichen Meinungsäußerungen u.a. in den Printmedien, die dafür sorgen, dass vor allem nach dem Irakkrieg weithin „Demokratie mit US-Hegemonie“⁸⁸ gleichgesetzt wird. Wenn Demokratie in den arabi-

⁸¹ Auf der vierten und bisher letzten Tagungsrunde der NIK (Beirut, 6.-7. Juni 2002), die dem Palästinenserlager Jenin gewidmet war, standen z.B. der „arabisch-zionistische Kampf“ und die „Aggression gegen den Irak“, aber auch Globalisierungsaspekte im Mittelpunkt. Vgl. al-Mustaqbal al-arabi, Beirut, Nr. 7, 2002, S. 151-164 (mit komplettem Verzeichnis der Teilnehmer inklusive ihrer institutionellen Verortung z.B. Hamas, Hizbullah, ägyptische Arbeiterpartei, marokkanische islamistische Vereinigung al-Adl wal-ihsan, jordanische Muslimbruderschaft); die dritte Runde tagte im Januar 2000 ebenfalls in Beirut (vgl. al-Mustaqbal al-arabi, Nr. 2, 2000, S. 174-180).

⁸² Vgl. Details al-Mustaqbal al-arabi, Beirut, Nr. 10, 2001, S. 160-167; vgl. al-Arab, London, 4.10.2001 (al-Umma kulluha mustahdifa).

⁸³ Vgl. Text des wichtigen Dokuments in: al-Mustaqbal al-arabi, Beirut, Nr. 9, 2003, S. 6-14: al-Tayyar al-qawmi al-arabi wal-islami: janahan la yuhalliqan ila ma'an (Die arabische und islamische nationalistische Strömung: zwei Flügel, die nur gemeinsam einen Kreis bilden/ein Ganzes geben); vgl. auch Panarabisme et Islamisme: La résurrection, in: Arabies, Paris, Februar 2001, S. 52-55.

⁸⁴ Vom 13.-14. Dezember 2003 tagte in Kairo eine von der *International Campaign against US and Zionist Occupation* organisierte Konferenz, an der in Eintracht Islamisten, Sozialisten und Nasseristen teilnahmen; Details vgl. Middle East International, London, 8.1.2004 (Letter from Cairo).

⁸⁵ Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Musa, setzte hingegen auf der 1. Tagung der *Arab Thought Conference* einen eigenen Akzent. Musa: „Arabs should expedite accepting the West-syle democracy or come up with an alternative.“ (BBC, London, 4.12.2003)

⁸⁶ So ein Artikel von Dina Ezzat in: al-Ahram Weekly, Kairo, 3.4.2003; zur inhaltlichen Kritik vgl. Rajab al-Banna: al-Dimuqratiya al-amirikiya, in: al-Ahram, Kairo, 5.10.2003.

⁸⁷ Vgl. seine Ablehnung der Rede des US-Außenministers Powell zur *US-Mideast Initiative*, Dezember 2002 (Reuters, 13.12.2002); zu seiner Kritik an „Demokratisierung mit Gewalt“, vgl. al-Hayat, London, 1.5.2003 (Mubarak); ähnlich in: al-Hayat, 2.12.2003.

⁸⁸ Vgl. al-Ahram Weekly, Kairo, 3.7.2003 (Our cultural elite).

schen Staaten umgesetzt werden soll, dann müsse sie „von innen“ kommen,⁸⁹ wobei Nationalisten wie Islamisten befähigt seien, Konzepte vorzulegen. Während Islamisten in der Regel auf ihr Shura-Prinzip verweisen, war es in Ägypten z.B. der Nobelpreisträger Nagib Mahfouz, der darauf hinwies, dass die Forderung nach Demokratie untrennbar mit der nationalistischen Bewegung verbunden sei. „Democracy was never an American innovation. The move towards democracy in fact dates back to the time when Khedive Ismail established the first Egyptian parliament.”⁹⁰

4. Bilanz

Die Terroranschläge des 11. September 2001 und der Irakkrieg 2003 haben in den arabischen Staaten die bereits über Palästina, den „kulturellen Kreuzzug des Westens“ und Globalisierungsfragen bestehende antiimperialistische Grundorientierung und Ansätze zur Reaktivierung nationalistischen Gedankenguts verstärkt und zugleich zu einer intensiven Kooperation zwischen arabischen Nationalisten und Islamisten geführt. In Teilen der arabischen Presse ist es so Usus geworden, vom neuen „nationalistisch-islamischen Block“ zu sprechen,⁹¹ der gemeinsam in Palästina (z.B. gegen die Genfer Friedensinitiative 2003) oder im Irak (gegen die US-Besatzung) agiert. Ob es trotz des neuen Kampfbündnisses zu einer dauerhaften Verbindung der beiden Denkrichtungen in Form einer nationalistisch-islamistischen Hybridideologie kommen wird, ist jedoch eher zu bezweifeln. Arabismus und Islamismus ist jede für sich eine gescheiterte Ideologie, deren Vertreter auch vereint das bestehende ideologische Vakuum nicht füllen⁹² und keine Entwicklungsvision bieten. Das Kampfbündnis ist ein taktisches, um Herausforderungen Dritter zu begegnen. Die eigentliche Aufgabe ist aber die jeweils interne Reform, die nicht in Sicht ist.

⁸⁹ Vgl. al-Wafd, Kairo, 31.10.2003, zitiert nach MEMRI, Berlin, 3.11.2003 (Die Demokratie kommt von innen – nicht aus den Händen Amerikas); ähnlich al-Hayat, London, 27.11.2003 (Demokratie? Ja, aber durch unsere Hände, nicht die Hand Bushs).

⁹⁰ Al-Ahram Weekly, Kairo, 13.11.2003 (Democracy).

⁹¹ Vgl. al-Ahram, Kairo, 18.4.2002.

⁹² Vgl. Abou Diab, Khattar : La panne idéologique, in: Arabies, Paris, Juni 2000, S. 18-19.